

## Redaktioneller Teil

### Verband der Kreis- und Ortsvereine im deutschen Buchhandel.

Stenographischer Bericht  
über die Verhandlungen

der 49. ordentlichen Abgeordneten-Versammlung

abgehalten zu Leipzig am Sonnabend, 14. Mai 1927,  
nachmittags 3½ Uhr.

Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Verbandes der Kreis- und Ortsvereine, Herr Georg Schmidt (Hannover).

**Vorsitzender:** Meine geehrten Herren Kollegen! Im Namen des Vorstandes des Verbandes der Kreis- und Ortsvereine heiße ich Sie zu der heutigen Hauptversammlung herzlich willkommen. Ich begrüße in erster Linie den Vorstand des Börsenvereins sowie die Vorstände des Verlegervereins, der Buchhändlergilde und des Musikalien-Verlegervereins.

Die Versammlung ist sachungsgemäß einberufen und rechtzeitig im Börsenblatt angekündigt worden. Tagesordnung und Sitzungstermin sind ebenfalls im Börsenblatt veröffentlicht worden; Sonderabdrucke der Tagesordnung stehen hier zur Verfügung.

Wortmeldungen bitte ich bei unserm Schriftführer Herrn Gude anzubringen. Als Stimmzähler habe ich die Herren Frahm und Wierzinsky bestimmt. Die stenographische Aufnahme der Verhandlungen besorgt wiederum Herr Dr. Burmeister. — Meine Herren, in Anbetracht der ziemlich großen Tagesordnung bitte ich die Herren Redner, sich möglichst kurz zu fassen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch fragen, ob der Wunsch besteht, daß die Namen der Delegierten der einzelnen Kreis- und Ortsvereine verlesen werden; wenn das nicht der Fall ist, so können wir uns die Verlesung ersparen. Wir gewinnen dadurch Zeit für unsere eigentlichen Verhandlungen. Wird die Verlesung gewünscht? (Rufe: Nein!) Die Liste der Delegierten steht hier bei Herrn Gude zur Verfügung; wer Einsicht nehmen will, kann es tun.

Wir kommen nun zu Punkt 1 der Tagesordnung:

#### Jahresbericht.

Meine Herren, Sie werden den Bericht alle gelesen haben (Bbl. Nr. 103), und ich glaube, es kann wohl davon abgesehen werden, ihn wörtlich zu verlesen; es genügt, wenn ich, wie in früheren Jahren, lediglich die einzelnen Punkte und Stichworte hier erwähne. (Zustimmung.)

Der erste Abschnitt betrifft die wirtschaftlichen Verhältnisse. Dazu wollte Herr Hillger sen. einige Ausführungen machen.

Herr **Hermann Hillger** (Berlin): Meine sehr geehrten Herren! Ich habe bereits heute früh im Verlegerverein über zwei Punkte gesprochen, die aber nicht nur die Verleger, sondern den gesamten Buchhandel und das Wirtschaftsleben in Deutschland überhaupt angehen. Das eine ist die Tätigkeit der öffentlichen Hand — wie wir es nennen wollen —, die heute überall in die private Betätigung einzubrechen versucht, um mit Staatsmitteln, das heißt mit den Mitteln der Allgemeinheit, zu denen wir auch durch die hohen Steuern beitragen, die wir aufbringen, ihrerseits Geschäfte zu betreiben. Die öffentliche Hand hat sich schon seit langer Zeit in dieser Weise betätigt. Die Herren, die es nicht mehr

wissen sollten, möchte ich daran erinnern, daß wir es ja beispielsweise erlebt haben, wie in Österreich der Schulbuchhandel dadurch vollständig ausgeschaltet wurde, daß man die Schulmittel umsonst liefert. Wir haben heute schon den deutlichen und klaren Beweis dafür, daß das Schulbuch einen Vorteil davon nicht gehabt hat und der Unterricht sicher erst recht nicht. Denn das Schulbuch, das dem Kinde umsonst geliefert wird, achten weder die Kinder noch die Eltern; es wird nicht mehr mit der Ehrfurcht behandelt, mit der wir früher unsere Schulbücher zu behandeln pflegten. (Na! na! und Heiterkeit.) Es ist auch ganz zweifellos, daß, wenn die öffentliche Hand weiter in dieser Form vorgeht, auch der innere Trieb nicht mehr besteht, den die Konkurrenz der verschiedenen Verleger bisher doch immer in erhöhtem Maße mit sich gebracht hat. Wir haben es ja erlebt, daß sich im Lande Thüringen ein Staatsverlag aufgetan hat; ob er nun mit mehr oder weniger Erfolg gearbeitet hat, er arbeitet jedenfalls mit öffentlichen Mitteln und kann infolgedessen sehr viel anders vorgehen als ein Verleger, der seine eigene Haut und sein eigenes Geld dabei zu Markte tragen muß.

Wir sind aber auf die öffentliche Hand ganz besonders gestoßen, als vor einiger Zeit der Ministerpräsident in Preußen die Behörden auf die Preussische Verlagsanstalt — früher die Allgemeine Deutsche Zeitung — hinwies und ihnen anempfahl, man solle doch mehr als bisher diese staatliche Einrichtung berücksichtigen und Drucksachen, Kalender usw. dort herstellen lassen, um die Konkurrenz der Privatindustrie nach Möglichkeit auszuschalten. Ich habe daraufhin eine Anfrage an den Ministerpräsidenten gerichtet, und er hat geantwortet, daß ihm eine Unterbindung der Privatindustrie ganz ferngelegen habe; er habe nur veranlassen wollen, daß die öffentlichen Anstalten, die Kommunen und die Verwaltungsbehörden sich doch auch dieser Anstalt bedienen und sie zur Konkurrenz heranziehen sollten. Aber wie das nun in unserm so herrlichen parlamentarischen Leben ist, wenige Tage später hat der preussische Finanzminister eine Anweisung erlassen — sie wird nächstens im Börsenblatt noch näher behandelt werden —, die in viel schärferer Form, als der Ministerpräsident das getan hat, fordert, daß möglichst alle Drucksachen der Behörden, Amtsblätter usw. in der Preussischen Verlagsanstalt hergestellt werden. Wenn wir nun weiter feststellen, daß jetzt auch mehr und mehr Druckereien sich aufstun, die den Behörden gehören, so sehen wir darin eine große Gefahr. Es kann sein, meine Herren, daß viele von Ihnen sagen und denken: Was geht uns die Druckereifrage an, was geht es uns an, ob die Druckereien öffentliche Konkurrenz bekommen, ob sie bestehen können oder nicht. Ich bin aber der Meinung, gerade bei unserer inneren Verbundenheit mit einem leistungsfähigen Druckereiwesen, gerade aus dem Interesse heraus, das wir als Buchhändler daran haben, daß das Buchdruckgewerbe, wie bisher, in der Welt mit obenan steht und das Beste herausbringt, was es überhaupt gibt, müssen wir dafür sorgen, daß das Buchdruckgewerbe gesund bleibt und nicht mit unserm Gelde, mit dem Gelde der Steuerzahler von der öffentlichen Hand vernichtet wird. (Sehr richtig!)

Selbstverständlich steht dieses Beispiel nicht allein da. Wir haben feststellen müssen, daß nun auch schon die Postverwaltung dazu übergegangen ist, eine ganze Reihe von eigenen Unternehmungen zu schaffen. Wir haben gesehen, daß die Postverwaltung eigene Adressbücher herausgibt und damit die Konkurrenz erdrückt. Heute wird mir nun ein neuer Fall mitgeteilt, der deutlich zeigt, wohin die behördlichen Anschauungen und Absichten gehen. Die